

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen über die am 01. Juli 2021 in der Volksschule Wimpassing an der Leitha um 19:30 Uhr abgehaltene Sitzung des Gemeinderates von Wimpassing an der Leitha.

Anwesende: Bürgermeister Ernst Edelman

Mitglieder des Gemeinderates: Dr. Hans Ackerbauer, Teresa Artner-Lavender, Friedrich Schmidt, Josefa Blümel, Alexander Eibeck, Karin Eibeck, Lisa Eibeck, Christoph Leitgeb, DI (FH) Thomas Menitz, Mag. Roland Tschiedel, Herbert Weiss, Jambrits Wenz Ingrid, Hans Zeilinger, Marion Pöschl, Katrin Tseik – Insgesamt 16 Gemeindevandatare anwesend.

Nach der Angelobung von Binder Kerstin sind insgesamt 17 Gemeindevandatare anwesend.

Als entschuldigt fehlen: Matthias Rysavy, Georg Jelenko, Gerald Nigischer, Stefan Neubauer

Beglaubiger: Mag. Roland Tschiedel, Ing. Friedrich Schmidt

Als Wahlzeugen werden bestimmt: Katrin Tseik, Zeilinger Hans,

Schriftführerin: VB Eva Leitgeb

Außerdem anwesend: Kerstin Binder

Zuhörer: Kauper Johann, Kopia Klaus, Lentsch Wolfgang,

Der Bürgermeister begrüßt als Vorsitzender die Erschienenen und stellt anhand der Einladung fest, dass die Einladung sämtlicher Gemeinderatsmitglieder ordnungsgemäß erfolgt ist, die Tagesordnung für die Sitzung des Gemeinderates gleichzeitig mit der Zustellung der Einberufung an der Amtstafel der Gemeinde öffentlich kundgemacht wurde und die Sitzung auch beschlussfähig ist. Die Gemeinderatssitzung wird aufgezeichnet.

TAGESORDNUNG

1. Angelobung neuer Gemeinderätin ÖVP
2. Wahl/ Nachbesetzung Gemeindeorgane
 - a. Vizebürgermeister
 - b. Gemeindevorstandsmitglied
 - c. Prüfungsausschussvorsitzender
 - d. Gemeindegassier
3. Antrag Gemeindegassier
4. Vergabe der Arbeiten Generationenplatz Leithahafen
5. Kenntnisnahme Voranschlag
6. Auflösung Gemeindeverband per 30.09.2021

7. Antrag Eibeck Mühlgasse
8. Grundsatzbeschluss Kooperation Kinderkrippe Müllendorf
9. Grundsatzbeschluss PV Eignungszone
10. Besoldungsreform Gemeindebedienstete
11. Personelles (nicht öffentlicher Teil)
12. Angelobung neu Amtsleiterin
13. Allfälliges

Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 13.06.2021

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob jemand gegen die Sitzungsniederschrift vom 13.06.2021, Einwendungen erheben will. Da dies nicht der Fall ist erklärt er die Sitzungsniederschrift als genehmigt.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt der Bürgermeister den Antrag die Tagesordnungspunkte 9 und 10 als geheime Abstimmung abzuhalten.

Da alle dafür sind, werden Top 9 und 10 geheim abgestimmt.

1. Angelobung neue Gemeinderätin ÖVP

Frau Mayer Edeltraud ist per 04.06.2021 als Gemeinderätin zurückgetreten. Ihr soll Frau Kerstin Binder nachfolgen. Sie soll nun als Gemeinderätin angelobt werden.

Bgm. Edelman verliest das Gelöbnis. Kerstin Binder antwortet mit „Ich gelobe“ und mit Handschlag.

2. Wahl/ Nachbesetzung Gemeindeorgane

- a. Vizebürgermeister
- b. Gemeindevorstandsmitglied
- c. Prüfungsausschussvorsitzender
- d. Gemeindekassier

Der Bürgermeister berichtet, dass die Wahl des Vizebürgermeisters und des übrigen Vorstandsmitglieds fraktionell und mittels Stimmzettel durchzuführen ist.

- a. Seitens der ÖVP-Fraktion wird als Vizebürgermeister Thomas Menitz vorgeschlagen. Von den 7 abgegebenen Stimmzetteln der ÖVP lauten 7 auf Thomas Menitz, sodass er zum Vizebürgermeister der Gemeinde Wimpassing an der Leitha gewählt ist. Thomas Menitz nimmt die Funktion an.

- b. Seitens der ÖVP wird als Vorstandsmitglied Stefan Neubauer vorgeschlagen. Von den 7 abgegebenen Stimmzetteln der ÖVP lauten 7 auf Stefan Neubauer, sodass er als Vorstand der Gemeinde Wimpassing an der Leitha gewählt ist. Da Stefan Neubauer nicht anwesend ist, wird seine schriftliche Erklärung zur Annahme der Funktion überreicht.
- c. Seitens der ÖVP wird als Prüfungsausschussvorsitzende/r Marion Pöschl vorgeschlagen. Von den 7 abgegebenen Stimmzetteln der ÖVP lauten 7 auf Marion Pöschl, sodass sie als Prüfungsausschussvorsitzende der Gemeinde Wimpassing an der Leitha gewählt ist. Marion Pöschl nimmt die Wahl an.
- d. Laut § 76 ist der Kassier für die Abwicklung der Kassengebarung zuständig. Er darf Zahlungen nur auf schriftliche, eigenhändig unterfertigte Anweisungen des Anweisungsberechtigten (Bürgermeister) leisten. Der Gemeindegassier ist vom Gemeinderat zu bestellen. Dieser müsse auch 1-2-mal wöchentlich im Gemeindeamt sein. Der Vorsitzende der ÖVP, Thomas Menitz, schlägt als Gemeindegassier Herbert Weiss vor. Von 17 abgegebenen Stimmzetteln lauten 17 auf Herbert Weiss.

3. Antrag Gemeindegassier

Bgm. Edelmann: Seitens der ÖVP wurde ein Antrag gestellt, die Gemeinde solle sich bemühen eine eigene Arztstelle zu erhalten. Im Vorstand wurde bereits über dieses Thema diskutiert.

Weiters wurde ein Schreiben von Herrn Dr. Heindl übersendet, wo eine vorsichtige Möglichkeit für Wimpassing, eine Arztstelle zu erhalten, angesprochen wurde.

Das Schreiben ging am 09.04. an Marion Pöschl mit der Bitte um Übermittlung an den Bürgermeister, Gemeindevorstand sowie Gemeinderat.

GR Marion Pöschl verliest den Brief von Dr. Heindl.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeindevorstandes!

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wende mich aus Sorge um die Zukunft der allgemeinmedizinischen Basisversorgung unserer Region an Sie. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, gibt es eine doch recht große Anzahl an ausgeschriebenen Kassenplanstellen für Allgemeinmediziner/Innen, die nicht besetzt werden können. Grund ist sicherlich die überbordende Bürokratie, rasant steigenden Kosten in der IT die nicht ausreichend abgegolten werden, sowie die Scheu vieler junger Kolleginnen und Kollegen ein Unternehmen mit Verantwortung für Personal, Einkauf, Buchhaltung etc. neben der eigentlichen medizinischen Tätigkeit zu gründen. Wir stehen am Scheideweg. Wollen wir eine zentralisierte Medizin mit Ambulatorien und großen Gruppenpraxen in den größeren Ortschaften, oder gar nur in den Bezirksvororten, oder wollen wir das Weiterbestehen einer individuellen Betreuung durch einen Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag vor Ort. Sie sollten diese Entscheidung treffen, und das Ergebnis aber auch ihren Wählern kommunizieren. Es ist schon zu viel abgeschafft worden, das nach meinem Dafürhalten zu einer allgemeinmedizinischen Betreuung gehört. Abschaffung des Wochentags,- und Wochenendnachtsdienstes, Verkürzung des Wochenenddienstes, ab Juli ist der Wochenenddienst nicht mehr Teil der

vertraglichen Verpflichtung, sondern freiwillig. All dies wurde seitens der Politik nur sehr verhalten kommuniziert. Die Folge sind sinnentleerte Fahrten ins Krankenhaus wo die ambulante Behandlung einen Vorgeschmack auf die zentral organisierte allgemeinmedizinische Versorgung bietet. Werden daher in Zukunft nur Menschen ordentlich behandelt, die sich einen Wahlarzt leisten können oder wollen? Genug der Klage.

Mein Vorschlag für Wimpassing lautet: Errichtung von Ordinationsräumlichkeiten für eine Allgemeinmedizinerin oder einen Allgemeinmediziner. Antrag auf Schaffung einer Kassenplanstelle bei der ÖGK. Ich erhalte zarte Signale, dass dies aufgrund der massiv steigenden Bevölkerungszahlen möglich ist. Übernahme der Miete für die Ordination für die Anfangszeit bis zur wirtschaftlichen Stabilisierung (etwa 3 Jahre). Haftungsübernahme für den notwendigen Ordinationsgründungskredit durch die Gemeinde (vielleicht gebunden an die Beratung der Jungmedizinerin durch einen erfahrenen z.B. jüngst pensionierten Kollegen in der Region, der bei der Gründung hilfreich sein kann). Ich weiß, das klingt nach viel finanziellem Einsatz, aber Sie haben es in der Hand, die Kontinuität der Allgemein,- und Familienmedizinischen Versorgung sicherzustellen.

Mit herzlichen Grüßen
Dr. Hans Heindl MSc.

Bgm. Edelmann fragt, ob es dazu Fragen gibt.

Da dies nicht der Fall ist, stellt er den Antrag, der Gemeinderat möge ihm die Befugnis erteilen, einen entsprechenden Antrag an die Gesundheitskasse zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 17/21

4. Vergabe Generationenplatz Leithahafen

Das Projekt Generationenplatz Leithahafen wird über die ARGE Leithaland abgewickelt. Da es nun eine Förderzusage gibt, sollten die Gelder vom Gemeinderat freigegeben werden.

Das Gesamtprojekt wurde auf € 100.000 budgetiert. Mitte Juli wird der Fördervertrag ausgestellt, auch dieser soll jetzt beschlossen werden.

Frage GR Pöschl. Sie hat am 01.06. eine Anfrage an den Vorstand gestellt, ob man die Anrainer informieren sollte und hat keine Antwort erhalten. Sie denkt, dass das sehr wichtig ist die Anrainer zeitnah zu informieren.

Bgm. Edelmann bejaht dies.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag Bgm. Edelmann: Für das Projekt € 100.000 freizugeben und dem Fördervertrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 18/21

5. Kenntnisnahme Voranschlag

Seitens der Aufsichtsbehörde wurde der Voranschlag geprüft. Die Stellungnahme ist den Gemeinderäten mit der Vorbereitung ergangen.

GR Tschiedel ersucht den Bürgermeister, diesen den Gemeinderäten zur Kenntnis zu bringen.

Bgm. Edlmann ist der Meinung, dass dies durch die Übermittlung bereits gemacht wurde.

GR Tschiedel meint, dass im Schreiben angeführt wurde, dass dies den Gemeinderäten zur Kenntnis zu bringen ist.

Bgm. Edlmann entgegnet, dass dies bereits gemacht wurde mit den Unterlagen. Jeder Gemeinderat hat das Schreiben der Landesregierung erhalten.

GR Tschiedel meint, dass der Bürgermeister dies vorlesen müsste. Es gehe darum, dass die Gemeinde einen Finanzierungssaldo habe, welcher nicht sein dürfe, weiters über Rückstellungen und dergleichen. Alles nicht unwesentliche Punkte.

Bgm. Edlmann möchte nicht damit sagen, dass die Punkte unwesentlich sind, jedoch weiß er nicht, warum er nun die Stellungnahme vorlesen müsste. Die Gemeinderäte wurden informiert, das gesamte Schreiben übersandt. Die Vorgehensweise war immer so, dass die Kenntnisnahme schriftlich allen Gemeinderäten überbracht wurde und nicht vorgelesen wurde.

Vzbgm. Menitz hat eine Frage zum Schreiben. Es wurde eine Folgekostenberechnung seitens des Landes angefordert. Dies hätte er gerne gesehen.

VB Eva Leitgeb berichtet, dass nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde eine Folgekostenberechnung für den Generationenplatz Leithahafen abzugeben war. Dies wurde nachgereicht und kann der ÖVP übersendet werden.

GR Tschiedel fragt ob sich das jeder Gemeinderat durchgelesen habe.

GR Ackebauer fragt, was GR Tschiedel wissen möchte. Man habe das Schreiben gelesen und weiß, dass man den Zeigefinger bekommen habe. Man habe eine Gebarung mit der man fertig werden müsse. Man könne nur Projekte streichen um herunterzukommen. Aber was wäre das, was man streichen müsse, damit man dann vom Minus herunterkomme. Jeder kann Vorschläge machen. Früher wurde auch gesagt, und dann gemacht.

GR Tschiedel meint, dass früher aber eine Reserve von 500.000 bis 600.000 € aufgebaut wurde.

Es wurde im letzten Voranschlag ein Ergebnis im Finanzierungssaldo von Minus € 659.000 beschlossen. Die Aufsichtsbehörde sagt nun, dass dies nicht möglich ist, außer wenn dieses Minus mit Rücklagen oder Guthabensständen gedeckt ist. Die Frage ist, wie das weiter finanziert werden soll. Es ist überhaupt kein Vorwurf.

GR Tschiedel findet es nur nicht angebracht, dass dieses Schreiben bei der Sitzung nicht thematisiert wird.

GR Tschiedel möchte das im Protokoll festgehalten haben.

6. Auflösung Gemeindeverband per 30.09.2021

Der Gemeindeverband Leithaprodersdorf Wimpassing soll per 30.09.2021 aufgelöst werden.

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll Gemeindeverband, vom 21.06.2021: Die einzelnen Bediensteten sind von den Gemeinden mit Beschluss des Gemeinderates mit allen Ansprüchen zu übernehmen. Vor Abschluss des Rechnungsjahres, bzw. der Auflösung, ist eine Kassaprüfung durchzuführen. Als Kassaprüfer werden DI (FH) Thomas Menitz, Ing. Horst Blümel und Bürgermeister Ernst Edelmann bestimmt. Ein Termin ist zeitgerecht zu vereinbaren. Die verbleibenden Vermögenswerte (Gutschriften Verbandskonto) sind auf beide Gemeinden zu jeweils 50% aufzuteilen.

GR Tschiedel fragt, warum der Verband aufgelöst werden soll.

Bgm. Edelmann berichtet, dass dieser aus Kostengründen aufgelöst werden soll und dieser nicht mehr zweckgemäß ist. Weiters wurde der Verband vom Rechnungshof geprüft und auch dieser ist zum Schluss gekommen, dass der Verband nicht mehr zweckgemäß ist.

GR Tschiedel nimmt das zur Kenntnis.

GR Pöschl möchte noch in aller Öffentlichkeit Eva Leitgeb zur bestandenen Prüfung gratulieren.

Antrag Bgm. Edelmann: Den Gemeindeverband Leithaprodersdorf/Wimpassing per 30.09.2021 aufzulösen. Die dortig geführte Mitarbeiterin Eva Leitgeb, soll per 01.09.2021 von der Gemeinde Wimpassing mit Übernahme aller personellen Ansprüche eingestellt werden.

Für die Auflösung des Verbandes ist die Zustimmung des Gemeinderates beider Mitgliedsgemeinden sowie der Aufsichtsbehörde notwendig.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 19/21

7. Antrag Eibeck Mühlgasse

Mag. Erich Eibeck hat einen Antrag auf Grundtausch gestellt. Es geht um den Rechengrund zwischen Mühlgasse 11 und 13. Mag. Erich Eibeck möchte einen Teil des in Gemeindebesitz stehenden Rechengrundes einverleiben, sowie einen Teil des öffentlichen Gutes am Bründlsteig. Im Gegenzug würde Herr Eibeck die gleichen Quadratmeter in der Mühlgasse (rechte Seite) abtreten. Der Teilungsplan wurde an die Gemeinderäte versandt. Es geht um 14m². Die Verordnung über die Entwidmung des öffentlichen Gutes bildet eine Beilage zum Sitzungsprotokoll.

Antrag Bgm. Edelmann: Dem Antrag des Herrn Eibeck zum Grundtausch 1:1 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür

Beschluss: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 20/21

8. Grundsatzbeschluss Kooperation Kinderkrippe Müllendorf

Die Gemeinde Müllendorf hat ein Angebot zur Kooperation in der Kinderkrippe mit der Gemeinde Wimpassing sowie der Gemeinde Zillingtal beschlossen. Pro Platz sollen € 200 an die Gemeinde verrechnet werden.

GR Eibeck fragt, ob es eine Obergrenze gibt. Wieviele Kinder können nach Müllendorf gehen.

Bgm. Edelmann berichtet, dass auch die Plätze in Müllendorf nicht unendlich sind. Wenn Platz ist, können sie Kinder von uns aufnehmen.

GR Tschiedel meint, dass es auf jeden Fall günstiger ist, als wenn wir das selbst machen würden.

Antrag Bgm. Edelmann: Mit der Gemeinde Müllendorf eine Kooperation für Kinderkrippenplätze einzugehen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 21/21

9. Grundsatzbeschluss PV Eignungszone

GR Menitz möchte einen Abänderungsantrag zum nächsten Tagesordnungspunkt stellen. Bgm. Edelmann möchte zuerst das Projekt vorstellen.

Bgm. Edelmann: „Bezüglich PV Eignungszone hat es im Vorfeld viele Gerüchte und Zeitungsartikel gegeben. Als erstes wurde eine Fläche von 120 ha beschrieben. Das trifft auch auf die ursprünglich geplante Eignungszone zu. Es hat mehrere Gruppenarbeiten gegeben, wo ich auch eingeladen war. Es waren verschiedenste Verantwortliche bei diesen Gesprächen dabei. Ich habe als Vertreter von Wimpassing eingebracht, dass 120 ha zu groß sind und dass verschiedene Ausgleichsflächen fehlen würden, wie Flächen für Ersatzpflanzungen, Wildwechselzonen udgl.. Auch von der Gemeinde Hornstein wurde eine Abstandsfläche von den Siedlungsgrenzen eingefordert. Aufgrund der zuvor ausgeführten Verringerungen hat die Eignungszone nun eine Fläche von rund 65 ha. 54ha davon wären auf Gemeindeflur Wimpassing.

Weiters hat es Gespräche mit Vertretern der Energie Burgenland gegeben. Ich möchte betonen dass ich nicht für die gesamte Gemeinde Wimpassing sprechen kann, kann aber meine Einzelmeinung vertreten. Ich sehe das aus ökologischer sowie ökonomischer Sicht sehr positiv. Wenn wir eine PV Anlage im Gemeindegebiet haben möchten, muss man aber auch die Gemeindebevölkerung davon überzeugen. Weiters gibt es Vorgaben für Klimaziele vom Land Burgenland 2030 sowie der Bundesregierung 2040. Wir müssten 2200 Megawatt Stunden erzeugen um diese

Klimaneutralität zu erreichen. Es wurde auch eingeworfen, zuerst die Dächer zu befüllen. Dies wird auch von der Energie Burgenland präferiert. Aber auch selbst dann würden wir nur 20% dieser 2200 Megawatt erzeugen. Eine andere Variante wäre in Atomkraft zu investieren, was aber auch niemand möchte. Dies sind die technischen Fakten.

Weiters wird über die finanzielle Seite diskutiert. Für die Gemeindebürger sowie für die Gemeinde selbst gibt es Angebote. Die PV Flächen auf den Dächern zu einem günstigen Mietpreis nach dem ersten Gratisjahr usw. Weiters könnten sich die Wimpassinger Haushalte über eine erneuerbare Energiegemeinschaft zusammenschließen. Dies heiße, dass sich die Haushalte gegenseitig mit PV Strom aushelfen würden, wenn einer weniger und der andere mehr erzeugen würde. Dies wäre ein Ersparnis von 100,- € jährlich. Die Abwicklung würde die Energie Burgenland machen. Weiters auch kostenfreie Tankstellen für die E-Mobilität. Im Bildungsbereich gäbe es ebenfalls verschiedenste Angebote wie Ausflüge, Projekte, welche von der Energie Burgenland finanziert werden würden.

Ein weiteres Angebot wäre das Bonuspunktepaket. Wenn alle Gemeindebürger mitmachen würden, inklusive Gemeinde selbst, wären das jährlich 58.000 € welche die Gemeinde in diverse Projekte investieren könnte.

Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen wären 18.000 €.

Die örtliche Feuerwehr würde weiters die Hälfte eines neuen Einsatzfahrzeuges (VW Pick Up) sowie 4000 € für Übungen zur Verfügung gestellt bekommen. Die andere Hälfte des Fahrzeuges würde der Landesfeuerwehrverband tragen.

Auch kann die Gemeinde freie Dachflächen wie Feuerwehrgebäude und Sportvereinsgebäude mit PV Anlagen bestücken. Für jeden Bürger gäbe es ein Sonnenpark Konto auf dem man spezielle Paneele anmieten könnte und mit einem Paketpreis für 5 oder 10 Jahre einen Fixpreis für den Strom hätte.

GR Pöschl fragt, warum es plötzlich möglich ist, dass PV Anlagen auf Dächern gemacht werden. Beim letzten Gespräch hat Bgm. Edelmann erklärt, dies würde wegen den zu geringen Leitungen nicht funktionieren.

Bgm. Edelmann berichtet, dass die Energie Burgenland Infrastrukturmaßnahmen treffen werde, damit dies möglich sein wird.

GR Pöschl meint, dass das alles nichts Neues ist, mit den Tankstellen und den Mieten der PV Anlage.

Da es keine weitere Wortmeldung mehr gibt, werden die Anträge gestellt.

Vzbgm. Menitz erklärt, dass nun sehr viele Vorteile vom Bürgermeister berichtet wurden. Die ÖVP Fraktion stellt einen Abänderungsantrag für eine Volksbefragung nach §52 Bgld. Gemeindeordnung.

Der Ausbau der erneuerbaren Energie ist unumstritten und auch die Idee des Gesamtkonzepts, welches vorgeschlagen wurde, ist ein Gutes und sehr zu begrüßen. Jedoch soll hier eine Entscheidung getroffen werden für Flächen, welche Einfluss auf Generationen hat. Wir halten es als angebracht, die Bevölkerung mitreden zu lassen und mitentscheiden zu lassen.

Bgm. Edelmann möchte noch hinzufügen, dass bei diesem Projekt der Boden nicht versiegelt wird, sondern mit Pfahlkonstruktionen gearbeitet wird. Weiters soll

zwischen den Paneelen und in allen Zonen eine entsprechende Begrünung stattfinden und eine Bewirtschaftung möglich sein, Schafe, Bienen udgl.

Es wird über das Niederwild diskutiert. Man ist sich uneinig, ob dies durch Bussarde oder durch Mähdrescher zu liegen kommt.

Bgm. Edelmann möchte auch noch anmerken, dass dieser heutige Beschluss nicht ein Widmungsbeschluss ist, sondern ein Beschluss zur Einleitung der Widmung. Weiters ist er der Meinung, dass der Gemeinderat alleine die Entscheidung nicht tragen kann und es deshalb eine Informationskampagne seitens der Energie Burgenland mit der Gemeinde geben wird. Der Sportverein hat angeboten, dass man das am Sportplatz machen kann.

GR Tschiedel meint, dass genau deshalb die Bevölkerung auch erst einmal gefragt werden muss. In Wirklichkeit gibt es kein richtiges Angebot. Das was derzeit vorliegt sind Werbeversprechungen.

GR Leitgeb meint, dass wenn es ein gutes Angebot gibt und die Bevölkerung dafür ist, könnte man das umsetzen und es würde nichts dagegensprechen.

Wenn es eine Volksbefragung geben würde, könnte die Energie Burgenland noch nachbessern. Der Profit für die Gemeinde ist derzeit überschaubar.

GR Ackerbauer meint, dass es nicht viele geben wird in der Bevölkerung die das qualifiziert beurteilen können. Vielleicht 1% die das verstehen können.

GR Tschiedel meint, dass es nicht um das Verständnis geht. Es muss ein konkretes Angebot der Energie Burgenland geben um entscheiden zu können. Da dies nicht vorliegt, kann es keine Entscheidung geben.

Bgm. Edelmann meint, dass es derzeit kein Projekt gibt von der Energie Burgenland. Die Gemeinde muss ihren Willen kundtun, damit es überhaupt zu einem Projekt kommen kann. Die Widmungsphase sowie die Einleitung in ein Projekt benötigen Zeit und in dieser Zeit kann alles konkretisiert werden. Danach wird erst entschieden.

GR Pöschl meint, dass das Geld etc. das Eine wäre, aber dieses riesige Projekt das Andere. Nicht nur die Natur, sondern auch wir werden diesen Bau uns täglich anschauen müssen. Es gibt Alternativen. Und was spricht dagegen, eine Volksbefragung zu machen und die Bürger selbst zu fragen. Ob wir Fachleute sind oder nicht, es hat jeder das Recht sich das anzuhören und eine Meinung zu bilden. Für diese Tragweite des Projekts ist mir das zu wenig. Ich bin für eine Volksbefragung.

GR Tschiedel lobt Bgm. Edelmann, dass er gleich zu Beginn die Größe reduzieren wollte. Trotzdem meint er, wenn man Unternehmer ist, muss man sich zuerst ein Angebot einholen und dann zusagen und nicht danach verhandeln. Wenn die 200 € Stromersparnis für jeden Bürger im Vertrag stehen, dann wäre es ein Angebot aber nicht auf diese Art und Weise.

GR Tseik fragt, ob die Ersparnis auch für Kunden ist, die nicht bei der Energie Burgenland einen Stromvertrag haben.

Bgm. Edelmann wird nachfragen.

Abänderungsantrag GR Menitz: Er stellt den Antrag eine Volksbefragung nach §52 Bgld. Gemeindeordnung abzuhalten. Die ÖVP möchte die Bevölkerung aktiv mitsprechen lassen, da dies eine Entscheidung für Generationen ist.

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür (Vzbgm. Menitz, GR Pöschl, GR Blümel, GR Binder, GR Leitgeb, GR Tschiedel, GR Tseik)
10 Stimmen dagegen (Bgm.Edelmann, GR Eibeck Alexander, GR Eibeck Lisa, GR Weiss Herbert, GR Eibeck Karin, GR Zeilinger, GR Jambrits-Wenz, GR Ackerbauer, GR Artner-Lavender, GR Schmidt)

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Vzbgm. Menitz bittet um Sitzungsunterbrechung. 20.20 Uhr
Die Sitzung wird wieder aufgenommen. 20.36 Uhr

Antrag Bgm. Edelmann: Dem Ansuchen der Energie Burgenland zuzustimmen und die Einleitung der Flächenwidmungsplanänderung für die PV Eignungszone zuzustimmen.

Die Abstimmung wird mittels Stimmzettel durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:
Von 17 abgegebenen Stimmzettel lauten
10 auf Ja
7 auf Nein

Beschluss 22/21

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Bgm. Edelmann möchte noch mitteilen, dass es jetzt ein probates Mittel gibt zu verhandeln. Wir haben nun die besten Karten in der Hand.
GR Tschiedel meint, dass die Gemeinde nun nicht die besten Karten in der Hand hat. Es gibt kein konkretes Angebot, sondern nur Marketingunterlagen.

GR Menitz möchte dazu sagen, dass die ÖVP zu 100% zum Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie zur Erreichung der Klimaziele steht. Trotzdem ist man kritisch, auf die freie Fläche zu gehen. Weiters liegt kein Angebot der Energie Burgenland vor. Es ist eine Unterlage. Wenn der Bürgermeister nun in Verhandlung geht, soll er das bestmögliche für die Gemeinde herausholen.

Bgm. Edelmann lädt die Fraktionssprecher gerne ein an den Verhandlungen teilzunehmen.
Vzbgm. Menitz nimmt die Einladung gerne an.

GR Leitgeb findet es schade, dass man den Wimpassingern abspricht die Kompetenz zu haben, das Thema zu verstehen. Bei 1% wären das 16 Wimpassinger und jetzt haben es 10 entschieden. Er ist der Meinung, dass man die Möglichkeit der Volksbefragung nutzen sollte. Es könnte ein gutes Projekt werden und er hofft, dass das Bestmögliche für Wimpassing herausgeholt wird.

GR Ackerbauer nimmt 1% zurück.

GR Pöschl fragt sich, was dann Demokratie ist. Das Projekt hat eine Tragweite, was der Gemeinderat nicht entscheiden sollte.

GR Schmidt ist der Meinung, dass man gewählt wurde um zu entscheiden.

10. Besoldungsreform Gemeindebedienstete

Dies wurde sehr ausführlich den Fraktionssprechern erklärt. Die Betonung liegt auf Besoldungsreform. Es ist auch gefordert, dass die Mehrkosten dargelegt werden.

Es wären, wenn alle Bediensteten umsteigen würden, ca 60.000 €. Es gibt bereits einige Gespräche mit den Mitarbeitern, welche sich durch die Gewerkschaft das durchrechnen lassen haben und nicht umsteigen werden.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits werden die Urlaubstage gekürzt und auch die Zulagen gestrichen. Ziel dieser Besoldungsreform ist es, dass die Einstiegsgehälter entsprechend angehoben werden und die Gehaltskurve über die Lebensarbeitszeit abflacht wird. Es ist richtig, dass in den ersten Jahren ein negatives „gap“ entsteht, dies wird aber, sofern der Mitarbeiter bleibt, ein positives „gap“ und die Gemeinde hat weniger Personalkosten zu tragen. Es hat nicht nur Vorteile für die Bediensteten, sondern auch Nachteile.

Im Bildungsbereich gibt es einen Benefit, da die Vorbereitungszeit gekürzt wird.

Vzbgm. Menitz: Grundsätzlich ist diese neue Besoldungsreform gut durchdacht und diskussionswürdig. Aber kurzfristig nicht finanzierbar. Man weiß nicht was noch mit den Bedarfszuweisungen usw. kommen wird. Wenn sich die Möglichkeit einer Gegenfinanzierung ergibt, könnte man es umsetzen. Die ÖVP ist auf jeden Fall für Gespräche offen und ist für die Umsetzung, aber nicht in der derzeitigen angespannten Liquiditätssituation.

GR Ackerbauer fragt, ob es ein Problem wäre, wenn man das um ein Jahr verschiebt. Die Absichtserklärung wäre ja gültig.

Bgm. Edelmann kann das nicht beantworten. Er möchte den Antrag stellen per 01.01.2022.

GR Tschiedel kann das beantworten. Das ist überhaupt kein Problem. Man kann das jederzeit beschließen, aber wenn man einmal beschlossen hat, kann man nicht mehr zurück. Der Mindestlohn ist grundsätzlich eine gute Sache. Es wird aber so sein, dass die „Alten“ in ihrem System bleiben und die „Jungen“ ins neue System wechseln werden. Das ist kurz- bis mittelfristig, 5 bis 10 Jahre eine Mehrausgabe und es fehlt die Gegenfinanzierung. Außerdem möchte er auf Punkt 5, Kenntnisnahme Voranschlag erinnern. Man dürfte dem niemals zustimmen, wenn man das Schreiben gelesen hat.

Bgm. Edelmann fragt GR Tschiedel ob er weiß, wie das Minus entstanden ist. GR Tschiedel weiß es ungefähr.

Bgm. Edelmann bittet GR Tschiedel dies auszuführen.

GR Tschiedel führt aus, dass es eine Liquiditätsreserve gab.

Bgm. Edelmann berichtet, dass das angesprochene Delta, einzig und allein dem Kindergartenzubau zuzuschreiben ist, welcher 1,2 Mio gekostet hat. Ansonsten gibt es keine Projekte.

GR Tschiedel meint, dass es dazu eine Finanzierung gibt und das Problem der laufende Haushalt wäre.

Da eine weitere Diskussion keine Änderung herbeiführt, soll abgestimmt werden.

Antrag Bgm. Edelmann: Der Gemeinderat der Gemeinde Wimpassing an der Leitha fasst gemäß § 133a Abs. 3 Bgld. Gemeindebedienstetengesetz 2014 – Bgld. GemBG 2014 den Beschluss, das IVa. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014 mit Wirksamkeit vom 01.01.2022 auf die Dienstverhältnisse der eigenen Gemeindebediensteten anzuwenden.

Abstimmung mittels Stimmzettel.

Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen mit JA
8 Stimmen mit Nein

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 23/21

GR Binder entschuldigt sich und verlässt die Sitzung um 20.59 Uhr

11. Personelles (nicht öffentlicher Teil – Gesonderte Niederschrift)

12. Angelobung neue Amtsleiterin

Frau Eva Leitgeb soll als Amtsleiterin/ Amtsfrau für die Gemeinde Wimpassing an der Leitha bestellt werden. (lt. Beschluss vom 16.10.2018) Es liegen alle Anstellungserfordernisse lt. § 18 Bgld. Vertragsbedienstetengesetz vor, die Dienstprüfung wurde ihrerseits erfolgreich absolviert.

Antrag Bgm. Edelmann: Frau Eva Leitgeb soll zur Amtsfrau/ Amtsleiterin der Gemeinde Wimpassing per 01.07.2021 bestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür

Beschluss: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss 26/21

Die Angelobung soll nun erfolgen.

Bgm. Edelmann verliest den Angelobungstext:

„Ich gelobe die Gesetzte der Republik Österreich und des Landes Burgenlandes zu befolgen und alle mit meinem Dienst verbundenen Pflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen.“

Sie antwortet mit „Ich gelobe“ und Handschlag.

Allfälliges

Bgm. Edelmann berichtet:

Die Gehsteigsanierung auf der Hauptstraße ist abgeschlossen.

Der Güterweg Richtung Reitstall wurde mit Asphaltbruch befestigt.

Die Zubringerstraße Richtung Familie Eidler wurde wieder hergestellt, da bei der Schneeräumung die aufgebrauchte Schicht beschädigt wurde.

Eine erfreuliche Nachricht. Die Verordnung Richtung Leithaau /"Caorle" wurde durch die BH erlassen. Die Polizei kontrolliert.

Das Bauhofteam ist derzeit unterbesetzt. Die Anstellung eines neuen Arbeiters wird noch dauern. Wir bitten um Verständnis.

Das Fundament bei der Pestsäule ist fertiggestellt worden.

Das Grundstück neben der Kläranlage/ Kohlbacher wurde geräumt. Es wurde Müll gefunden und der BH gemeldet. Eine Begehung wird demnächst stattfinden.

Eine Fraktionssprechersitzung ist noch im Juli geplant.

Die nächste Gemeinderatssitzung: KW 36 / Erste Schulwoche. Der Termin soll in der Fraktionssprechersitzung abgestimmt werden.

Vzbgm. Menitz: Betreffend Gutscheine sollte es eine Entscheidung geben. Die ÖVP sieht das als wichtiges Thema. Es hat in der Vorstandssitzung eine andere Meinung gegeben, und deshalb konnte das heute nicht zur Abstimmung gebracht werden.

GR Pöschl möchte festgehalten haben, dass sie das wirklich schade findet. Sie wurde vom Bürgermeister beauftragt ein Konzept zu erstellen, welches in 14 Tagen fertig war. Das Geld wurde reserviert. Es wurde in den Vorstandssitzungen alles so besprochen. Es sind alle Betriebe angerufen worden und dann kommt die Idee, das Ganze nicht zu machen. Ich vermisse Handschlagqualität.

Bgm. Edelmann kann das so nicht bestätigen. In der Budgetsitzung wurde das Geld freigegeben. GR Pöschl wurde beauftragt sich darum zu kümmern, aber eine weitere Vorgehensweise wurde nicht beschlossen. Wie es zur Verteilung der Gutscheine kommt, soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Es wurde mit Herrn Vzbgm. Menitz geklärt, dass alle Einzelheiten in der nächsten Sitzung besprochen und beschlossen werden. Warum die letzten Sitzungen nicht stattgefunden haben, wissen wir alle. Das dass ein gutes Projekt für den Ort ist wissen wir auch. Die Art und Weise wie die Gutscheine verteilt werden, sind wir unterschiedlicher Meinung und das gehört noch diskutiert. Ich gehe davon aus, dass ein Konsens gefunden wird.

GR Pöschl findet es traurig, dass immer alles umgeworfen wird. Es war alles besprochen und beschlossen. Ich bin neugierig ob jeder Haushalt einen Zehner bekommen wird.

Bgm. Edelmann sagt, dass es keinen solchen Beschluss gibt.

GR Pöschl findet das schlimm und möchte das protokolliert haben.

Vzbgm. Menitz: Es steht noch ein Workshop aus mit der Firma AIR betreffend Ausarbeitung unserer Bebauungsrichtlinien. Er bittet alle vom Vorstand einzuladen.

Vzbgm. Menitz möchte anregen, dass man das Thema mit dem Schülerlotsen noch einmal angeht, damit die Kinder sicher in die Schule kommen. Vielleicht könnte sich die Gemeinde bemühen, dass am Schulanfang jemand da ist.

GR Weiss fragt, was mit dem Container hinter dem Tennisplatz ist. Vzbgm. Menitz berichtet, dass der Tennisverein einen Antrag an die Gemeinde richten wird, dass dieser dort stehen bleiben darf.

GR Pöschl meint, dass das mit dem Projekt am Leithahafen nicht zusammenpasst und sie ersucht, dass dieser nicht dort stehen bleibt. Weiters wurde ein Container angekauft, welcher ins Leithalandprojekt einfließen kann.

GR Pöschl berichtet, dass sie angesprochen wurde, warum die Bäume im Kindergarten abgetragen wurden. Es gibt keine Schattenflächen mehr. Im September 2018 wurde im Vorstand gesprochen, dass betreffend der Baumfällung noch die Pfarre gefragt wird. Weiter wurde besprochen, dass es eine Ersatzpflanzung geben wird. Es stellt sich nun die Frage, ist das bereits beauftragt, und wer hat das beauftragt. Und wer hat das letztendlich beauftragt, dass die Bäume wegkommen.

Bgm. Edelmann wird dies das nächste Mal beantworten.

GR Weiss meint, dass GR Tschiedel im Bauausschuss ist, aber der Bauausschuss nie beschlussfähig ist.

GR Tschiedel berichtet, dass er von seiner Funktion im Bauausschuss zurückgetreten ist und dies per Mail an den Bürgermeister übermittelt hat. Er war genau einmal dort und das war als es um das Fundament gegangen ist. Danach habe er das Amt offiziell zurückgelegt.

GR Zeilinger meint, dass jemand anderer dann nachbesetzt hätte werden müssen. Dies ist nicht geschehen.

Es wird diskutiert ob eine Nachbesetzung erfolgen soll. GR Tseik meint, dass sie das nicht machen könne, da die Termine während des Tages stattfinden.

Vzbgm. Menitz sagt zu, dass das Thema intern geklärt wird.

GR Pöschl fügt hinzu, dass es eigentlich auch notwendig gewesen wäre die Vorstände einzuladen. GR Weiss habe zur ihr gesagt, dass er das nicht machen wird. Vielleicht wird sich die Situation jetzt ändern.

GR Weiss berichtet, dass es nicht um die Ausschusssitzungen gegangen ist, sondern um die Arbeitskreissitzungen.

GR Pöschl berichtet, dass der Bürgermeister über den Leithalandbus berichtet hat. Weiters wurde eine Summe im Budget dafür vorgesehen. Nun gibt es ein Pilotprojekt für 2 Monate und Wimpassing ist nicht dabei. Wer hat das entschieden.

Bgm. Edelmann berichtet, dass es letztes Jahr ein Gespräch bei Bürgermeister Wolf in Hornstein gab. Das Projekt wurde vorgestellt und es waren alle dafür, weil das eine gute Sache ist. Es waren sich aber auch alle einig, dass wenn der größte Zahler, die Gemeinde Neufeld aussteigt und die Kosten auf die anderen aufgeteilt werden, das wären 22.000 € - und wir uns das nicht leisten können.

Danach wurde er telefonisch kontaktiert ob Wimpassing dabei ist und dies wurde von ihm bejaht. Er wurde auch gefragt, was die Neufelder machen und das wusste er nicht. Es kam auch keine Rückmeldung. Im April wurde er von Herrn Yannik Sommer kontaktiert, und ihm berichtet, ein Pilotprojekt zu machen und dies wurde von ihm bejaht. Danach kam keine Anfrage mehr.

GR Pöschl meint, dass dann Aussage gegen Aussage steht. Wimpassing kann aber jederzeit ins Projekt einsteigen.

Bgm. Edelmann meint, er wäre der letzte der da nicht bei sein möchte. Da geht es um 1500 €, die die Gemeinden beitragen müssen und das kann man sich leisten.

Bgm. Edelmann meint, er habe selbst erst davon erfahren, als er ein Bild von den Bürgermeister in der Zeitung gesehen habe.

GR Pöschl fragt, wie es aussieht mit dem Projekt Black Out Szenario. Dies wurde im Juni 20 begonnen.

GR Ackerbauer berichtet, dass die Einleitung gemacht wurde. Danach konnten coronabedingt keine Sitzungen stattfinden. Es wird weitergearbeitet.

GR Pöschl fragt, wie es mit der Verkehrszählung im Bereich Gemeinde, Volksschule, Bücherei aussieht. Das wurde auch in der Juni 2020 Sitzung besprochen.

Bgm. Edelmann berichtet, dass es eine Verkehrszählung in der Lorettostraße gab.

GR Pöschl fragt, wie es aussieht mit dem Windschutzgürtel zwischen Urbarialwiese und Leithahafensiedlung. Wann wird das gemacht.

Bgm. Edelmann berichtet, dass es hierzu noch keinen Auftrag gibt.

GR Weiss fragt, warum beim Parkplatz bei der Kirche Steine liegen.

Bgm. Edelmann berichtet, dass die Sandsteine von der Restaurierung der Kirchenmauer stammen und diese seitens der Firma Resch dort gelagert werden.

Zuhörer Lentsch möchte sprechen. Bgm. Edelmann berichtet, dass er und Herr Lentsch im Vorfeld bereits über das Thema gesprochen haben.

GR Tschiedel meint, dass das auch öffentlich besprochen werden sollte, da er für Bürgernähe ist. Ansonsten würde er die Anfrage stellen.

Bürgermeister Edelmann erteilt Herrn Lentsch das Wort.

Herr Lentsch berichtet, dass er vor einiger Zeit eine Unterschriftenaktion zum Thema Zufahrt Seesiedlung gestartet hat, da diese durch die Gemeinde geschlossen wurde. Es wurden 101 Unterschriften gesammelt. Es wurde danach eine Vorort-Besprechung abgehalten und Herr Bürgermeister hat zugesagt, dass er sich dazu beim Land dafür einsetzen würde und auch im Gemeinderat wurde festgehalten, dass bis Ende 2020 eine Lösung erarbeitet werden würde. Er versteht, dass Covid einiges verzögert hat. Er möchte um Aufklärung bitten, was konkret geplant ist. Auch möchte er noch informieren, dass die Unterschriftenaktion nicht für einen Kreisverkehr auf der Bundesstraße gemeint war, sondern für eine Anbindung über die Mittelberggasse.

GR Zeilinger fragt, wie viele Unterschriften gesammelt wurden und ob auch die Mittelberggasse in die Unterschriftenaktion eingebunden wurde.

Herr Lentsch berichtet, dass es 101 Unterschriften waren und die Mittelberggasse nicht eingebunden wurde.

GR Tschiedel meint, dass die Mittelbergler die Straße kaufen sollten und eine Privatstraße machen sollten. Es gehe nicht einfach, dass die Durchfahrt durch eine Ortsstraße, welche vom Steuerzahler bezahlt wurde, verwehrt wird.

GR Zeilinger berichtet, dass die Anrainer der Mittelberggasse einen Beitrag zur Straßenherstellung leisten mussten.

GR Tschiedel meint, dass das in jeder Straße so sei. Er versteht, dass die Anrainer kein großes Verkehrsaufkommen haben möchten, aber es war bei der Planung schon so, dass die Anbindung über Wimpassing West für die Zufahrt zur Hirschbühelsiedlung als alternative Zufahrt die Mittelberggasse geplant war. Das ist einfach nicht in Ordnung und nicht fair und ungerecht.

GR Zeilinger versteht das nicht, da es eine Zufahrt gibt zur Siedlung zum alten Ziegelofen.

GR Tschiedel meint, dass es mittlerweile über 300 Haushalte gibt in der Siedlung und eine zweite Zufahrt notwendig ist.

Es wird darüber diskutiert, warum die Einbindung erst dann gemacht werden kann, wenn die Gemeinde das Grundstück selbst aufschließen möchte und warum nicht gleich eine Lösung gefunden werden kann.

GR Zeilinger erklärt, dass es dann auch ein Straßenprojekt geben muss, wenn das Grundstück der Gemeinde verwertet werden soll. Weiter berichtet er, dass er persönlich mit der Familie Tschiedel an verschiedensten Möglichkeiten gearbeitet hat und es leider nie eine Lösung gegeben hat.

Bgm. Edelmann berichtet, dass das Land nicht eine weitere Zufahrt mitfinanzieren wird, da es bereits eine gibt. Es wurde seinerseits mehrfach nachgefragt und ersucht, eine Lösung für die Bürger herbeizuführen. Leider wurde dem Wunsch nicht nachgekommen. Es gibt keine weitere Möglichkeit.

GR Tschiedel meint, dass es hier um die Anbindung über die B16 geht. Der Wunsch wäre die Anbindung über die Mittelbergsiedlung. Er meint, dass es sogar verfassungswidrig sei, weil hier gleiches mit gleichem ungleich behandelt wird. Das Wohl der Mittelbergler gehe über das Wohl der Seesiedler. Er möchte das so im Protokoll festgehalten haben.

Bgm. Edelmann meint, dass stimmt so nicht und auch diese Aussage ist unfair.

GR Weiss berichtet, dass damals der Vater von GR Tschiedel mit dem ehem. Bürgermeister Wolowiec vereinbart hat, dass die Siedlung sofort mit dem Schranken zugemacht wird und deshalb ihm das Grundstück verkauft wurde.

GR Tschiedel berichtet, dass das stimmt. Er fügt hinzu, dass wenn die Gemeinde das Grundstück nicht verkauft hätte, könnten die Bewohner vom Hirschbühel überhaupt nicht zufahren von dieser Seite und widerspricht der Aussage des GR Weiss, dass damit die Siedlung geschlossen werden sollte.

GR Tschiedel meint, es gehe aber gar nicht darum. Es gehe darum, Interesse zu zeigen, oder Engagement etwas zu machen. Aber zwei Jahr gar nichts zu machen findet er nicht in Ordnung.

Bgm. Edelmann weist das als Unterstellung zurück und möchte die Diskussion beenden. Er kann für beide Seiten absolutes Verständnis aufbringen. So hat er Herrn Lentsch ermutigt, die Nachbarn zu fragen. Auch war schon mit Herrn GR Tschiedel vereinbart, dass es eine finanzielle Beteiligung für die Errichtung und die Planung geben wird. GR Tschiedel steht nach wie vor dazu.

GR Tschiedel meint, es wäre gut sich in Zukunft diesem Thema zu widmen.

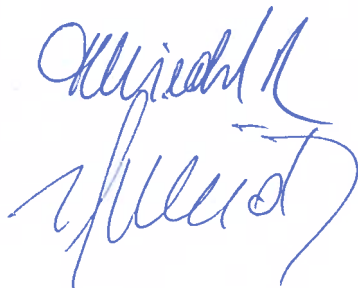
Bgm. Edelmann bedankt sich bei den Gemeinderäten und schließt die Sitzung.

Ende 21.35

Der Schriftführer:
VB Eva Leitgeb



Die Beglaubiger:
GR Roland Tschiedel
GR Friedrich Schmidt



Der Bürgermeister:
Ernst Edelmann



